



RegioCOP

regionale Klimakonferenz

30. November - 12. Dezember 2023

WIR HOLEN DIE
KLIMAKONFERENZ
NACH BAYREUTH &
OBERFRANKEN!

ERGEBNISDOKUMENT

- *Endfassung* -



Kommunaler Klimaschutz

[Autor:innen: Janis Schiffner, Sophia Mitte]

Kommunaler Klimaschutz und die Klimakrise

Ob Umwelt-, Klima- oder soziale Krise – sie alle sind global sichtbar und müssen gemeinsam gelöst werden. Spürbar und meist schmerzlich erfahrbar werden diese Krisen bereits auf der lokalen Ebene. Das Lokale ist aber auch der Ort, an dem gesellschaftliche Veränderungsprozesse ansetzen müssen, wo Konflikte ausgetragen werden und wo konkretes Handeln möglich und notwendig ist. Die Hebel für umfassende Veränderungsprozesse liegen also auch direkt vor der eigenen Haustür.

Besonders die Kommunen, als politische Ebene, die den Bürger:innen am nächsten steht, kann und muss eine bedeutende Rolle bei den Herausforderungen eines breit getragenen Klimaschutzes einnehmen. Auf der kommunalen Ebene können über **ein Drittel der Emissionen** in Deutschland direkt oder indirekt beeinflusst werden (UBA 2022). Die Kommune kann von der Selbstverwaltungsaufgabe profitieren, Veränderungsprozesse moderieren und auf lokalen und regionalen Netzwerken aufbauen. Es lohnt sich daher, diese Spielräume bewusst zu nutzen!

In Deutschland kann die Durchschnittstemperatur bis zu 5,5 Grad steigen, in Bayern sogar bis zu 6,1 Grad (Regionaler Klimaatlas Deutschland 2022). In Bayern soll im Jahr 2040 eine **übergreifende Klimaneutralität** erreicht werden. Wir sind überzeugt, dass, wir trotz einiger Erfolge auch im kommunalen Klimaschutz **schneller und wirksamer** werden müssen, um den notwendigen Beitrag zur Erfüllung der Pariser Klimaziele zu erreichen. Zusätzliche Aktivitäten und neue Ideen sind gefragt, um die Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft rasch und erfolgreich zu gestalten.

Handlungsmöglichkeiten und Ziele

Dafür darf die Transformation nicht als eine weitere Teilaufgabe oder Ergänzung, sondern muss als übergreifende kommunale Aufgabe verstanden werden. Kommunale Politik muss sich darauf konzentrieren, den Wandel vor Ort zu gestalten, und sollte alle dafür vorhandenen Kapazitäten und Instrumente nutzen.

Die Kernkompetenzen und Aufgabenbereiche der Kommune müssen im Sinne einer transformativen Entwicklung überdacht und neu ausgerichtet werden (Holtz et al. 2018, S. 2–3). Dies betrifft beispielsweise die Siedlungsentwicklung oder Verkehrsplanung, die Wirtschaftsförderung, die Energie- und Wasserversorgung, die Abfallwirtschaft sowie die Bildung und die Kultur. Gleichzeitig müssen Politik und Verwaltung die Mitsprache-, Mitbestimmungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten für Bürger:innen verbessern und erweitern und diese in Planungsprozesse und bei Entscheidungen einbeziehen, um gesellschaftlich tragfähige Lösungen zu entwickeln (Schneidewind & Scheck 2012, S. 52; WBGU 2011, S. 10).

Diese Kombination aus einem konsequenten Handeln in den eigenen kommunalen Aufgabefeldern bei gleichzeitigem Ausbau der Partizipationsmöglichkeiten und der Zusammenarbeit auf Augenhöhe mit den Pionier:innen des Wandels vor Ort ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche solidarisch-ökologische Transformationspolitik.

Ergebnisdokument Teilkonferenz Kommunalen Klimaschutz

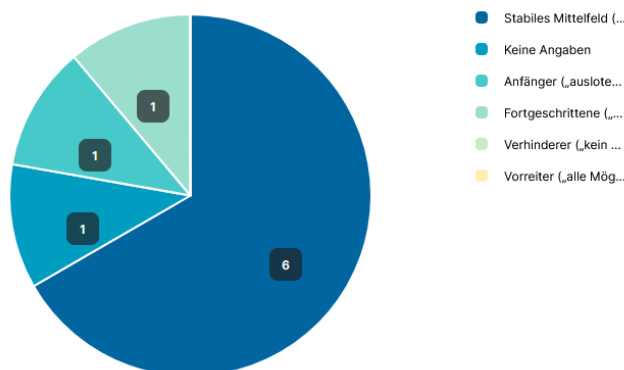
Die Teilkonferenz „Kommunalen Klimaschutz“ wurde am 5.12.2023 von Janis Schiffner als Vertreter der KlimaKom gemeinnützige eG moderiert. Dem Workshop ging eine Umfrage zum Stand des Klimaschutzes unter den jeweils Zuständigen für Klimaschutz in den Kommunen Oberfrankens voraus. Deren Ergebnisse wurden zunächst zusammengefasst dargestellt. An der Umfrage zum Stimmungsbild über den bisherigen Stand des Klimaschutzes in Oberfranken 9 Klimaschutz-Verantwortliche zumeist aus den Kreisen und kreisfreien Städten teil. Der Workshop selbst wurde kurzgehalten, weil bekannt war, dass es zwei Tage später ein Vernetzungstreffen zwischen ebenjenen Verantwortlichen geben wird. Das zeigt jedoch, dass die Vernetzung und der Austausch zwischen den Verwaltungen in Oberfranken und insbesondere in der Metropolregion Nürnberg gut funktionieren.

Im Rahmen des Online-Workshops konnten die Teilnehmer:innen in Ergänzung zur Umfrage Anmerkungen hinzufügen und kommentieren. Anschließend wurde gemeinsam über nötige Maßnahmen im kommunalen Klimaschutz und welche Forderungen an welche Akteur:innen damit einhergehen diskutiert.

Status Quo: Was tun wir bereits?

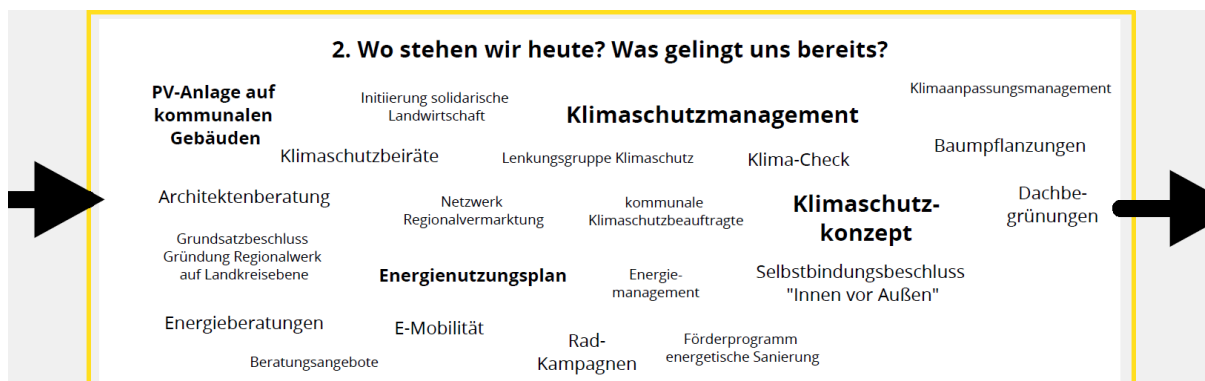
Laut Umfrage positioniert sich der Durchschnitt der kommunal Zuständigen im Mittelfeld beim Vorankommen von Klimaschutzmaßnahmen, i.S.v. „wir tun das, was wir im Rahmen unserer Möglichkeiten tun können“. Als Maßnahmen, die bereits gut gelingen werden neben

1. Wo steht „meine“ Kommune beim Klimaschutz?



dem Aufbau von Klimaschutzmanagements und der konzeptionellen Verankerung im Rahmen eines Klimaschutzkonzepts unter anderem der Ausbau von PV-Anlagen genannt, Ener-

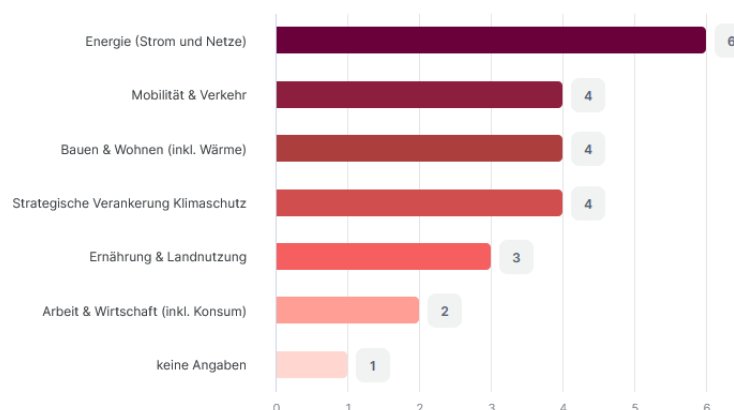
gieberatungen, der Aufbau von Solidarischen Landwirtschaften oder Netzwerke der regionalen Vermarktung, sowie eines Regionalwerks. Auch Maßnahmen im Bereich der E-Mobilität sowie Querschnittsmaßnahmen zur Klimaanpassung wie bspw. Dachbegrünungen oder Buampflanzungen wurden genannt.



Hürden: Was würden wir gerne besser machen?

Herausforderungen liegen nach den Ergebnissen der Umfrage vor allem in den Sektoren Mobilität, Bauen und Wohnen, Strom- und Netzausbau, sowie in der strategischen Verankerung des Klimaschutzes.

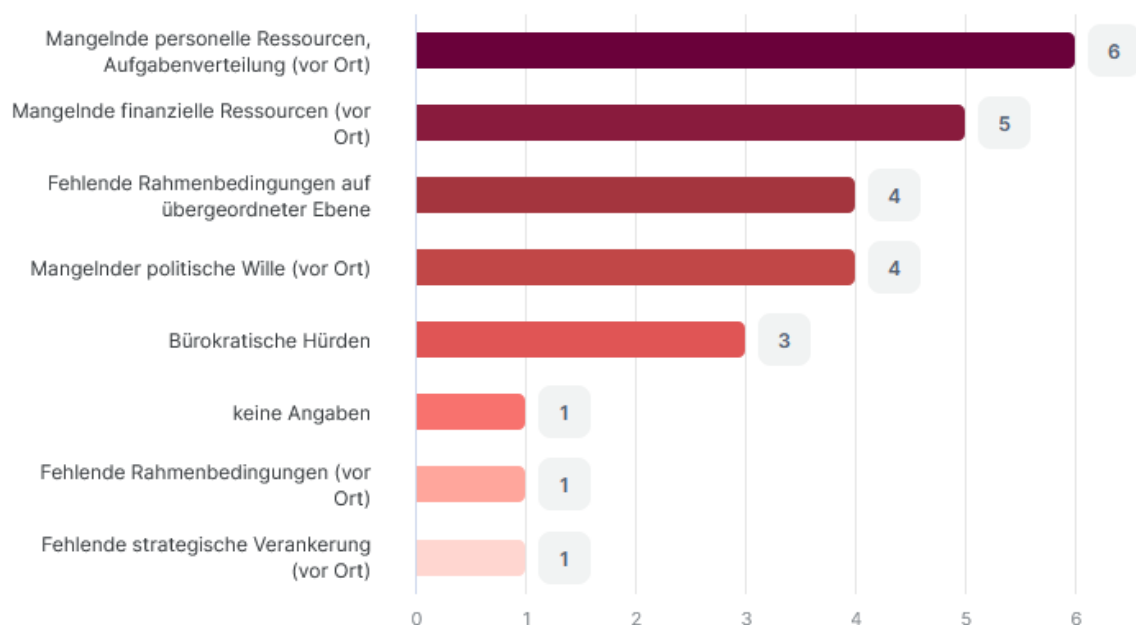
3. In welchen Bereichen stehen Sie noch vor großen Herausforderungen?



Als Hürden wird neben Personalmangel und zu wenig Finanzierungsmöglichkeiten genannt, dass fehlende Rahmenbedingungen auf übergeordneten Ebenen wirksamen Klimaschutz verhindern bzw. durch bürokratische Hürden erschweren aber auch, dass oftmals führende Kräfte nicht als Vorbild vorangehen, politischer Wille zur Veränderung vor Ort fehlt und damit einhergehend auch ein politisches Bekenntnis zur Klimaneutralität bis 2040. Außerdem

wird genannt, dass es mehr Dialog mit den Bürger:innen braucht. Weitere Hürden sind u.a., dass große Unterschiede in Kommunen und Landkreisen bezüglich personeller Kapazitäten, Fachwissen und Finanzen die Lücke zwischen Vorreiterkommunen und Nachzüglern immer größer werden lassen. Insgesamt werden Aufgaben im Bereich Klimaschutz oftmals sogar gegen Leistungen im sozialen Bereich aufgewogen / müssen aufgewogen werden, weil aktuell viele Aktivitäten als "freiwillige Leistungen" geführt werden, was den notwendigen Ansprüchen nicht genügt und darüber hinaus Nichtakzeptanz in der Bevölkerung fördert.

5. Was hindert Sie uns daran, das Notwendige zu tun? Was sind die größten Hürden?

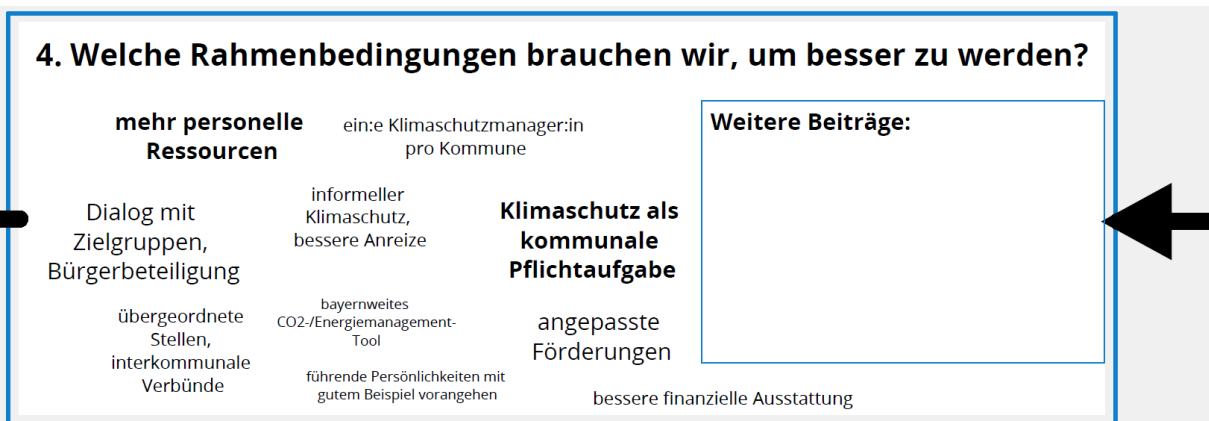


Maßnahmen und Rahmenbedingungen: Was brauchen wir, um besser zu werden

Kommunaler Klimaschutz benötigt einen übergeordneten rechtlichen Rahmen, der **Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe** definiert. Diese Forderung wird von allen Teilnehmenden als zentral angesehen, um finanzielle und personelle Engpässe abzumildern bzw. zu klären und wegzukommen von Grundsatzdiskussionen, inwieweit einzelne Klimaschutzmaßnahmen in den Kommunen ergriffen werden müssen oder nicht. Neben den Bereichen Energie und Wärme wird Mobilität als wichtiges Themenfeld genannt, in dem ein verpflichtender Rahmen und eine Klärung über kommunale Pflichtaufgaben am dringendsten benötigt werden.

Um kommunalen Klimaschutz sinnvoll in der Region voranzutreiben benötigt es darüber hinaus **auf Dauer ausgerichtete Institutionen als «Transformationsagenturen» mit Entscheidungskompetenz**, um demokratisch mit den unterschiedlichen Akteursgruppen Transformationsprozesse auszuhandeln. Aufgrund der unterschiedlichen Größe von Kommunen bietet es sich an, insbesondere in ländlichen Räumen in Zusammenschlüssen z.B. auf Landkreisebene zu arbeiten. Diese brauchen jedoch ebenfalls die dafür notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen, um kleinere Kommunen sinnvoll unterstützen zu können.

Die aktuelle **Vernetzung zwischen kommunalen Klimaschutzstellen** in Oberfranken wird als gut, ausreichend und effektiv angesehen. Die weiterführende Vernetzung und Gespräche mit anderen Akteursgruppen (insb. Zivilgesellschaft, Wirtschaft, ...) wären jedoch interessant und wichtig zur gemeinsamen Konsensfindung mit Entscheidungsträger:innen.



Zentrale Ergebnisse und Forderungen:

- Kommunaler Klimaschutz wird **schneller und wirksamer** werden müssen, um den notwendigen Beitrag zur Erfüllung der Pariser Klimaziele zu erreichen
- **Mangelnde personelle und finanzielle Ressourcen** sowie fehlende politische Rahmenbedingungen und bürokratische Hürden verhindern aktuell notwendige wirksame Maßnahmen
- Klimaschutz muss daher **von einer freiwilligen zu einer Pflichtaufgabe** werden, deren Aufgabenspektrum fest im kommunalen Handeln verankert ist.
- Auf Dauer ausgerichtete **Institutionen auf Stadt- bzw. Landkreisebene i.S.v. „Transformationsagenturen“** können Kommunen zielgerichtet helfen, effektive Maßnahmen durchzuführen
- Der notwendige **Dialog mit den Bürger:innen** muss ausgebaut und zielgerichtet verankert werden, um regionale Transformationsprozesse zu moderieren.

Quellenverzeichnis:

Holtz, G., Xia-Bauer, C., Roelfes, M., Schüle, R., Vallentin, D., Martens, L. (2018): Competences of local and regional urban governance actors to support low-carbon transitions: Development of a framework and its application to a case-study. In: Journal of Cleaner Production (S. 846–856). Wuppertal. Verfügbar unter: https://epub.wupperinst.org/frontdoor/deliver/index/docId/6922/file/6922_Holtz.pdf. Abgerufen am 11.12.2023.

Regionaler Klimaatlas Deutschland (2022): Deutschland: Mögliche mittlere Änderung der durchschnittlichen Temperatur im Jahresmittel bis Ende des 21. Jahrhunderts (2071–2100) im Vergleich zu heute (1961–1990): Zunahme. Regionale Klimabüros – Helmholtz-Gemeinschaft. Verfügbar unter: <https://www.regionaler-klimaatlas.de/klimaatlas/2071-2100/jahr/durchschnittliche-temperatur/deutschland/mittlerean-derung.html>. Abgerufen am 11.12.2023.

Schneidewind U., Scheck, H. (2012): Zur Transformation des Energiesektors – ein Blick aus der Perspektive der Transition-Forschung. In: Servatius, H., Schneidewind, U., Rohlfing, D. (Hrsg.): Smart Energy. Wandel zu einem nachhaltigen Energiesystem. Heidelberg, Dordrecht, London, New York: Springer, S. 45–62.

UBA – Umweltbundesamt (2022): „Klimaschutzpotenziale in Kommunen. Quantitative und qualitative Erfassung von Treibhausgasminderungspotenzialen in Kommunen“, Dessau-Roßlau.

WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen (2011): Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation. 2. veränd. Aufl., Berlin: WBGU. Verfügbar unter: https://www.wbgu.de/fileadmin/user_upload/wbgu/publikationen/hauptgutachten/hg2011/pdf/wbgu_jg2011.pdf. Abgerufen am 11.12.2023.